

NEWS

r die reiche



Schweizer Wirtschaft wächst – trotz Zöllen

Zürich – 2025 wird für die Schweiz als «das Jahr der Zölle» in die Geschichte eingehen. An der wirtschaftlichen Leistung des Landes haben die Launen von US-Präsident Donald Trump in der Summe kaum Spuren hinterlassen. Das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) ist 2025 um 1,3 Prozent gewachsen, teilt das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mit. Der Wert lag nur leicht unter den für 2024 ausgewiesenen 1,4 Prozent.

Decathlon zieht ins «Modissa-Haus»

Zürich – An exklusiver Adresse in der Zürcher Bahnhofstrasse eröffnet Decathlon am 4. März einen neuen Laden. Der französische Sportartikel-Discounter hat im berühmten «Modissa-Haus» Besonderes vor: nicht nur als Verkaufspunkt von Produkten, sondern auch als Erlebniscenter. Fans treffen dort auf Profisportler und können sich von ihnen beraten lassen. Der sogenannte Pop-up-Store ist ein Test für neue Formate.

Alt Regierungsrat Christian Huber ist tot

Zürich – Der frühere Zürcher SVP-Regierungsrat Christian Huber ist im Alter von 81 Jahren gestorben. Huber war sechs Jahre lang Zürcher Finanzdirektor und kündigte 2004 nach einem Zerwürfnis mit der Parteileitung für viele überraschend seinen Rücktritt an. Der Jurist und Oberrichter war 1999 in den Regierungsrat gewählt worden. Huber starb am vergangenen Sonntag in einem Spital, wie verschiedene Medien berichteten. Er war nach seiner Amtszeit als Regierungsrat auch als Autor von Krimis in Erscheinung getreten.

SP-Nationalrat Fridetz tritt zurück

Fontenais JU – Der jurassische SP-Nationalrat Pierre-Alain Fridetz (68) wird das Parlament nach der Frühjahrsession verlassen. Wie vereinbart werde er dann seinen Sitz an seinen Parteikollegen Loïc Dobler (38) weitergeben, gab der Parlamentarier bekannt. Fridetz war insgesamt 15 Jahre lang im Nationalrat und galt als Experte in der Verteidigungspolitik. Mit seinem Rücktritt wolle er dem Nachwuchs die Möglichkeit geben, sich für die nächsten Wahlen zu profilieren, so Fridetz.

EURO MILLIONS										
	14	24	27	39	42	6	10			
5 ★★	Kein Gewinner									
5 ★	14	à Fr.	135	887.70						
5	31	à Fr.	14	342.85						
4 ★★	76	à Fr.	1822.25							
4 ★	1610	à Fr.	158.45							
3 ★★	2710	à Fr.	99.50							
4	3615	à Fr.	52.40							
2 ★★	36233	à Fr.	26.15							
3 ★	54853	à Fr.	19.25							
3	130052	à Fr.	15.15							
1 ★★	185628	à Fr.	12.85							
2 ★	734167	à Fr.	10.25							
2	1755815	à Fr.	6.90							
Im Jackpot	158000000.00									
2. Chance						16	19	35	41	48
5	Kein Gewinner									
4	164	à Fr.	950.00							
3	7636	à Fr.	50.40							

Alle Angaben ohne Gewähr

BÖRSEN & DEVISEN	
SMI	14 014.3 (+0.7%) ↗
DOW JONES	48 977.9 (-1.1%) ↘
EURO/CHF	0.91 →
USD/CHF	0.77 →
GOLD	129 379 Fr./kg ↗
ERDÖL	73.14 \$/Fass ↗

Millionen für Morettis und das Wallis – so nicht!

ANALYSE



ROLF CAVALLI
Chefredaktor

Bundesrat Beat Jans (61) greift tief in die Tasche. 50 000 Franken für jede Opferfamilie von Crans-Montana VS. Dazu bis zu 20 Millionen Franken für aussergerichtliche Vergleiche. Ein runder Tisch soll jahrelange Prozesse verhindern.

Nicht die Hilfe steht zur Debatte – sondern die Verantwortung. Wer zahlt am Ende?

Zuerst zur Soforthilfe. 50 000 Franken pro Familie. Andere Opfer erhalten deutlich weniger. Doch 41 Tote und über 100 teils Schwerverletzte sprengen jeden Rahmen. Eine solche Katastrophe verlangt eine ausserordentliche Antwort. Wenn der Bund rasch hilft, zeigt er Solidarität. Das ist politisch vertretbar – und vielleicht auch als Signal ins Ausland sinnvoll.

Heikler ist der 20-Millionen-Topf als «Anreiz» für Vergleiche. Natürlich: Zivilklagen dauern Jahre. Sie kosten viel und enden oft ungewiss. **Selbst ein Sieg garantiert den Opfern kein Geld.** Die Haftpflicht des Barbetreiberpaars Moretti dürfte kaum reichen. Staatshaftungsklagen gegen Gemeinde und Kanton wären kompliziert.

Ein runder Tisch mit dem Bund als Vermittler kann sinn-

voll sein. Doch wer früh Geld zusichert, verändert die Ausgangslage. **Der Bund nimmt Druck von jenen, die zuerst zahlen müssten.**

Hier liegt der Kern.

Vom Barbetreiberpaar Moretti über die Kontrollinstanz Crans-Montana bis zum Kanton als Aufsichtsbehörde: In dieser Kette versagte mehr als ein Glied. Das führte zum Inferno in der Silvesternacht. Strafrechtlich ist vieles offen. Politisch ist die Frage aber fällig: Wer übernimmt Verantwortung – auch finanziell?

Der Kanton Wallis verfügt über ein Budget von über 4,7 Milliarden Franken.

Er erhält aktuell 862 Millionen Franken aus dem Finanzausgleich und zudem Geld von der Nationalbank. Gleichzeitig verzichtet er auf eine obligatorische Gebäudeversicherung mit systematischen Brandkontrollen, wie die meisten Kantone sie haben.

Warum soll der Bund in Vorleistung gehen, bevor

das Wallis seinen Beitrag definiert?

Bei Naturkatastrophen helfen alle. Doch Crans-Montana war kein Bergsturz. Hier steht mögliches Behördenversagen im Raum. **Solidarität darf nicht zur Ersatzhaftung werden.**

Der Vergleich mit Blatten zeigt den Unterschied. Nach dem Bergsturz bewilligte der Walliser Grosse Rat innert Wochen Millionen für den Wiederaufbau. In Blatten wütete die Natur. Im Fall Crans-Montana stehen Behörden und Menschen im Zentrum der Schuldfrage. Schweigt die Walliser Politik deshalb auch zwei Monate nach der Brandkatastrophe noch immer?

Das Motto von Bundesrat Jans lautet: «Zämme goots besser.» Das stimmt – wenn jeder seinen Teil trägt. **Der Bund darf helfen. Aber er darf den Verantwortlichen vor Ort die Last nicht abnehmen:** den Morettis, der Gemeinde, dem Kanton.

Das Wallis pocht auf Autonomie. Doch wenn Steuerzahler im ganzen Land zahlen, endet sie dort, wo Solidarität beginnt. Dann schuldet das Wallis eine klare Antwort – politisch und finanziell.

Sonst bleibt die Botschaft: Wenn es schiefgeht, zahlen die anderen, zahlt die Schweiz.

Kauf unbeantwortet

Schweiz in sicherheitspolitischer Hinsicht ein wichtiger Partner seien und bleiben würden.

Die Treffen des Staatssekretärs mit seinen Amtskollegen hätten zu einem besseren Verständnis der jeweiligen sicherheitspolitischen Ansätze beigetragen, sagte Mäder. Er erwähnte auch die aktuellen Entwicklungen in der Nato, da diese Auswirkungen auf die Sicherheit Europas und damit auf das strategische Umfeld der Schweiz haben. Seiner Meinung nach profitiere die Sicherheit der Schweiz von einem «starken und

funktionsfähigen» Bündnis. Mäder möchte die Zusammenarbeit mit der Nato intensivieren.

Konkretere Elemente seien im Hinblick auf die militärische Zusammenarbeit diskutiert worden. **In Washington habe die Schweiz über das Verhandlungsmandat für den Austausch von Flugpositionsdaten informiert,** das der Bundesrat am 11. Februar beschlossen hatte. Die Eidgenossenschaft möchte Verhandlungen führen, um die Zusammenarbeit im Bereich der Sensor- und Luftlagedaten zu vertiefen.

ETH geht auf Plagiatsjagd



künstlichen Intelligenz unter Druck. Letztes Jahr teilte etwa die Universität Zürich mit, dass Doktorarbeiten zukünftig auch mündlich geprüft würden. Zwar haben die meisten Institutionen mittlerweile KI-Richtlinien eingeführt. Dennoch: **Ein zuverlässiges Tool für die Erkennung fehlt.**

Bei der ETH zeigt man sich dagegen eher wenig besorgt um die Schummelei mit ChatGPT und Co: «Aufgrund der Art der Arbeiten, die an der ETH Zürich geschrieben werden, schätzen wir den Einsatz von KI als untergeordnetes Problem ein», so die Hochschule. Die Arbeiten an der ETH würden zum einen eng begleitet, zum anderen liege ihr Fokus mehrheitlich auf eigenhändigen Erzeugnissen wie etwa experimentellen Daten. «Zudem gehören zu einem Abschluss an der ETH auch die Verteidigung der Arbeit oder anderweitige Prüfungen.»

Plagiatsverdachts bei Studierenden jährlich Meldungen «im mittleren zweistelligen Bereich» eintreffen. **«Die Verdachte erhärten sich bei Fällen im niedrigen zweistelligen Bereich.»** Im Verhältnis zur Anzahl der Studierenden (aktuell rund 27 000 – inklusive Doktorierende) seien die Meldungen in den letzten Jahren konstant geblieben.

Die Schweizer Unis stehen aktuell besonders aufgrund der

JOSCHKA SCHAFFNER

Thierry Burkart fordert klares Bekenntnis zur Individualbesteuerung

Ex-Präsident liest rechtem FDP-Flügel die Leviten

Die FDP-Frauen haben die Individualbesteuerung mit einer Volksinitiative angestossen und den Systemwechsel im Parlament durchgesetzt. Doch nun könnte ihr ausgerechnet die eigene Basis einen Strich durch die Rechnung machen.

Anstelle von Begeisterung für das eigene Topprojekt herrscht bei der FDP-Basis Flaute. In den jüngsten Umfragen unterstützen nur 62 Prozent (GFS) beziehungsweise 55 Prozent (Leewas) der Freisinnigen die Vorlage.

Mit Folgen: Die Individualbesteuerung ist akut absturzgefährdet. In den Umfragen liegen die Befürworter insgesamt mit 52 respektive 53 Prozent **nur noch knapp vor der Gegner-Allianz aus Mitte, SVP, EVP und EDU.** Der schwache Support aus den eigenen Reihen bringt die FDP-Parteioberen ins Schwitzen.

Ex-Präsident Thierry Burkart (50) soll es nun richten. **Unter seiner Ägide hatte die FDP die Unterschriftensammlung aktiv unterstützt** und das Thema als «strategisch» – und damit zum Kernanliegen – erklärt.

Sein Weckruf soll nun insbesondere den rechten Flügel, der mehr Bürokratie fürchtet, wieder auf Parteilinie bringen. Bereits im

Ständerat hatte der Aargauer dafür gesorgt, dass seine Parteikollegen «wie ein Mann» hinter der Vorlage stehen. Nur deshalb kam die Vorlage hauchdünn durch.

Dasselbe soll Burkart nun auch bei der Basis gelingen. In einem gestern verschickten Newsletter zeigt er sich in einem von Generalsekretär Jonas Projer (44) geführten Interview überrascht, dass viele Freisinnige gegenüber dem eigenen Projekt zur Abschaffung der Heiratsstrafe «noch kritisch» sind.

«Ich bedaure es, dass es der Mitte-Partei offenbar gut gelingt, Verunsicherung zu streuen – **mit Halbwahrheiten und teilweise offensichtlich falschen Aussagen,** teilt er gegen die Referendumsführer um Mitte-Chef Philipp Matthias Bregy (47) aus. Für Burkart ist denn auch klar: «Die

Mitte tut alles, um uns diesen Erfolg zu verwehren. Denn es ist ein freisinniges Projekt.»

Es handle sich um eine Steuerensenkung für den Mittelstand, rührt er die Werbetroffel. **86 Prozent würden direkt entlastet oder spürten keine Veränderung.** «In einer Zeit, in der Mitte-links beinahe quartalsweise Steuererhöhungen zulasten des Mittelstands und der KMU fordert und beschliesst, müsste man meinen, dass der Freisinn geschlossen hinter dieser Steuerensenkung steht», redet er den eigenen Leuten ins Gewissen. Für ihn ist klar: «Wenn wir zusammenstehen, kann es reichen!»

Burkart hat den Schlusspurt lanciert. Doch auch die Gegner lassen sich in den letzten Tagen nicht lumpen. **Nur schon Mitte-Chef Bregy schießt auf X tagtäglich aus allen Rohren.**

Die Befürworter der Individualbesteuerung behaupteten immer, nur 14 Prozent würden verlieren. Aber: «In den Kantonen und Gemeinden verlieren deutlich mehr, vor allem viele Familien mit Kindern, Alleinstehende und Alleinerziehende», mahnt er in einem jüngeren Tweet. Gewinner seien die meisten der 10 Prozent reichsten Steuerpflichtigen. «Sozial, solidarisch und gerecht geht anders!»

RUEDI STUDER

«Die Mitte tut alles, um uns diesen Erfolg zu verwehren.»

Thierry Burkart, Ex-Präsident der FDP

